

# Arbeiterstimme

Lagezeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostfachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Montag den 23. Mai 1932 Nummer 118

## Protestbewegung der Kreischeer Wohlfahrtserwerbslosen erzwingt

# Weiterzahlung der vollen Unterstützung!

Zwei Ueberfallkommandos sollten den Unterstühtungsabbau ermöglichen. KPD-Gemeindefraktion lehnt sich rüdfichtslos für Wohlfahrtserwerbslose ein. Durch rote Einheitsfront und geschlossenes Auftreten Erwerbslosenforderungen durchgeführt

Dresden, den 22. Mai 1932

Am Sonntagabend sollten in Kreische die neuen herabgelegten Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Auszahlung kommen.

Durch das geschlossene und einheitliche Auftreten der Unterstützungsempfänger wurde das verhindert, 250 Wohlfahrtserwerbslose versammelten sich vor dem Rathaus und erreichten durch ihren Protest die Auszahlung der vollen Unterstützungssätze.

Zwei Ueberfallkommandos, die durch den Bürgermeister herbeigerufen waren, mußten unerrichteter Dinge wieder nach Hause fahren.

Wir erhalten dazu folgenden Bericht aus Kreische:

Am Sonntag, dem 19. Mai, wurde in einer Erwerbslosenversammlung beschlossen, bei der Auszahlung der Wohlfahrtserwerbslosen, die in Kreische Sonntagabend erfolgt, die vollen Sätze zu fordern und auf keinen Fall die neuen Sätze anzunehmen.

Am Sonntag, dem 21. Mai, sammelten sich nahezu 250 Wohlfahrtserwerbslose vor dem Gemeindevorstand, um ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Sie waren einig, die vollen Sätze zu unterbreiten.

Eine Delegation unter Leitung des KPD-Stadtratsmitgliedes Dr. K. ging zum Bürgermeister, um die Forderungen der Wohlfahrtserwerbslosen vorzutragen. Wie zu erwarten war, wurde der ratistische Bürgermeister jeder Forderung nach dem alten Satz abgelehnt.

Die Erwerbslosen, empört über das Verhalten des Bürgermeisters, drangen in die Amtsräume ein, um ihre Forderungen lebhaft zu erheben. Trotz Anwesenheit von drei Polizeikommandos ließen sich die Erwerbslosen nicht abdrängen, so daß der Bürgermeister gezwungen war, die Amtshauptmannschaft, Kreisamtsverwaltung und das Ministerium anzufragen. Jedoch ohne Erfolg.

Die Hinweise auf die Beschlüsse des Landtages haben keine Beachtung. Verhandlungen von drei Stunden verliefen erfolglos. Die Erregung der Erwerbslosen steigerte sich ununterbrochen. Von neuem wurde durch die KPD-Kretzler eine Delegation entsandt, die sich einige KPD-Parteimitglieder anschließen konnten, verhandelt.

Zu alle Ueberzahlungsperiode des Bürgermeisters an dem Sonntagmorgen der Verhandlungsführer abgelehnt, lehrt er keine weitere Kenntnis, als das Ueberfallkommando angreifen. Es dauerte auch nicht lange, so erschienen zwei Ueberfallkommandos, um den Bürgermeister in Schutz zu nehmen.

Es war es die eiserne Disziplin der Erwerbslosen, die der

Sipps keine Gelegenheit zum Einschreiten gab. Alle Handlungen: KPD, KPD, parteilose und Sozialisten konnten wie eine Mauer! Von neuem wurde durch die Fraktion der KPD und einem KPD-Vertreter verhandelt, die je nach der Situation des Erwerbslosen Bericht erstatteten. Alles Resultat des Bürgermeisters auf Nachzahlung in der nächsten Woche wurde mit Gelächter beantwortet.

Endlich — 11.45 Uhr — durch den unerrichtlichen Willen der Erwerbslosen und der KPD-Fraktion, lehrt der Bürgermeister keinen anderen Ausweg und gab bekannt, daß die Unterstützung nach dem alten Satz ausbezahlt werde.

Nach diesem Kampferfolg wurde von den Wohlfahrtserwerbslosen folgender Aufruf an die Landtagsfraktion der KPD gerichtet:

„Alle Wohlfahrtserwerbslosempfänger und Unterstützener erlauben die KPD-Landtagsfraktion, auf demselben Wege im Landtag vorzutreten und dem Reichstag des Landtages die Forderungen im Rahmen der alten Unterstützungssätze nachdrücklich zu vertritt. Die Amtshauptmannschaften sind zu veranlassen, ab nächste Woche die Mittel zur Auszahlung der vollen Sätze bereitzustellen.“

Die Erwerbslosen, der Erwerbslosenrat und die KPD-Gemeindefraktion von Kreische

Der erfolgreiche Protest der Wohlfahrtserwerbslosen von Kreische ist ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse nur in geschlossener und einheitlicher Front durch den außerparlamentarischen Kampf die meisten, unangehörliche Verschlechterung ihrer Lebenslage abwehren kann.

Der neue Lohnabbau, der drohende Unterstühtungsabbau durch die bereits festgestellte Notverordnung erfordert von den Arbeitern aller Richtungen in den Betrieben und an den Stempelfabriken die gemeinsame Kampffront für die Sicherung ihrer Existenz herzustellen.

## Um die proletarische Einheitsfront

Von Fritz Seibmann

L.

Nach einem vorzüglich flüchtigen Zusammenprall zwischen der Schläger- und Schaulagerkolonne, die im Auftrag Hitlers im Reichstag ihr Ziel treibt, einerseits und allen „Einheitsparteien“ im Besonderen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion andererseits ist der Reichstag mit Ruch und Krangel aufgelassen und die „Lumpenbanden“ Volkspartei und SPD sind vor Feindschaft der an und für sich schon langjährig bemittelten Sitzungsperiode nach Hause geschickt worden. Nunmehr tritt wieder einmal an Stelle des nach Hause gejagten Parlaments das Reichskabinett in tagelangen Beratungen und die Presse meldet täglich früh und abends daß die Arbeit des Kabinetts „munter fortgeschritten“. Es ist eine jener betäubenden Kabinettsberatungen, von denen die Arbeiter schon im Vorhinein wissen, was dabei herauskommt. Der Inhalt solcher Beratungen ist immer eine neue Serie von Notverordnungen, die für die arbeitenden Massen neue Forderungen und neues Elend bedeuten.

Die gegenwärtige Kabinettsberatung erhält nur dadurch eine besondere Bedeutung, daß an ihr zwei Verfassungskräfte teilnehmen, die nach den Spielregeln der Demokratie dort eigentlich nichts zu suchen haben. Der eine ist der Preislenkungsminister ungeliebter Angardensens, Leipziger Oberbürgermeister und Ministerpräsident Dr. Goerbeier, und der andere der General Schliecher, Kopf und Regimentsführer der „Generalsfamilie“, der Vertreter der „Schwarzen Truppen“ der deutschen Republik, der an den Sitzungen teilnimmt, um als „postulierter Vertrauensmann“ Hindenburgs den Nazis ihren Platz freizumachen und um klar und unmissverständlich vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß hinter den neuen, das Volk alles Enttäglichkeiten übertragenden Planen der Reichsregierung die bewährteste Macht des Staates einhergeht.

Im übrigen ist an den Beratungen über die Arbeiten des Reichskabinetts von besonderem Interesse nur noch die Tatsache, daß von Zeit zu Zeit, wenn es der Regierung notwendig erscheint, die Gemäßigten in der Regierung zur Preisabgabe und zur Entgegennahme der Parole herangezogen werden und daß die Gemäßigtenbürokratie wie gutgeübte Kutschken diesem Kommando zum „Appell in allen Ecken“ dienlich und pflichterfüllend Folge leisten.

Wenn die geläufige Fabel, von ganz rechts bis zur Leipziger und Dresdener Volkszeitung und der Chemnitzer Volksstimme, täglich ihre Spekulationsmeldungen um Schliecher und „eine Kamastilla“ in allen Tonarten und Variationen aus- und breitzustreuen, so steht hinter diesen Verlautbarungen das Interesse der breiten Massen auf die Leistungen der Schliecher- und Kamastilla zu kontrollieren, nichts anderes als die Absicht, so lange wie möglich über den festesten Inhalt der neuen Kaufpläne, die vom Reichskabinett beraten werden, hinwegzublenden. Denn was diesmal bei der Kabinettsberatung herauskommt, wird, ist schon jetzt völlig klar und bekannt. Es ist ein neues ungeheuerliches Entschließen auf die elementarsten Lebensbedürfnisse der gelähmten arbeitenden Massen. Es werden neue Maßnahmen zur weiteren ungeheuerlichen Vertiefung der Krise beschlossen, die auf das Hungerelend abgezielt sind. Die Hungerpläne sind bereits in der Verhandlungsphase der Kabinettsberatung in der Öffentlichkeit um weitere 20 Prozent gekürzt worden. Die Arbeitslosigkeit ist weiter vertieft worden. Die Bürgersteuer soll nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen weiter erhöht, die Einkommensteuer weiter vertieft werden. Eine neue Reichs- und Gemeindesteuern soll eingeführt werden. Viele Volkswirtschaftler, aber besonders im Namen der „einigen Neuen“, die sich die Profiteure der „Reichs-Deutschen Republik“ ausgesucht haben, alles andere liegt in der letzten Linie der Ausprägung der arbeitenden Massen, die sich als „rotter Boden“ durch die preme Regierungspolitik der Brüningregierung erkennen laßt. Und bei aus allen früheren notverordneten Maßnahmen der Brüningregierung bekannte und gewohnte Maßnahmen, die in der letzten Notverordnung Hindenburgs durch die den Reich in Deutschland einwirkende Wirtschaft in der Form einer „Notverordnung“ den Kampf der Einkommenssenker weiter stark werden gemacht wurde.

Die bis jetzt bekanntgemachten Einzelheiten über die neuen Maßnahmen der Brüningregierung sind so ungeheuerlich, daß

## Reichsminister Schiele zurückgetreten

Neue Notverordnung fertig. Brüningregierung lehrt sich rüdfwärts auf. Vermögenssteuer um 40 Prozent gekürzt. 345 Millionen neue Klassensteuern

Die Auflösung des Brüning-Kabinetts macht weitere Fortschritte. In der Freitagssitzung des Kabinetts ist der Reichsminister Schiele zurückgetreten. Der Austritt Schielers ist bisher geheim gehalten worden, um die Öffentlichkeit nicht unnötig zu beunruhigen. Der Reichsminister hat die Dimission Schielers ohne weiteres angenommen. Offensichtlich ist auch diese Dimission unter dem Druck des Generals Schliecher erfolgt. Der Austritt Schielers bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Nazi-Zentrums-Kabinett.

Am Sonntagabend wurden dann die Beratungen über die neuen Notverordnungen abgeschlossen, die damit fertig sind.

Die Brüningregierung hat ihre neue Notverordnung fertiggestellt. Die Bürgersteuer wird bis April 1933 verlängert und gleichzeitig verdoppelt. Die Kräftesteuer wird bis Ende dieses Jahres ausgesetzt. Außerdem wird eine höhere Einkommensteuer in Höhe von 1,5 Prozent des Einkommens erhoben, die auch von den Beamten gezahlt werden muß.

Die im Mai fällige Rate für die Vermögenssteuer ist von der Brüningregierung mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Januar um 20 Prozent gekürzt worden. Da diese Notverordnung also auch für die im 15. Februar gezahlte Rate gilt, ist die großen Kapitalisten jetzt 40 Prozent weniger als bisher zu zahlen.

Tiele betonen Tatsachen werden ein Beispiel geben für die Millionenmatten der Hungersarmee in Deutschland. Die Einkommenssteuer für die Arbeiter und Beschäftigten, aber auch die Einkommenssteuer für die Reichen, Auswüchter und Parasiten.

In allen Betrieben und Stempelfabriken werden die neuen Maßnahmen der Brüningregierung lebhaft diskutiert. Die Arbeiter stellen die Frage: Was ist zu tun? Gibt es eine Möglichkeit, diese Pläne der Massenbehaltung zu verhindern? Die Kommunisten antworten: Ja, sofort!

Der Einkommensverlust, den unsere Reichstagsfraktion gemeinsam mit dem Reichsverband der Erwerbslosen ausgearbeitet hat, wird den Weg der Arbeitsbeschaffung, zur Begrenzung des Hungerelends, ohne neue Klassensteuern

Bei Durchführung dieser Maßnahmen werden die Mittel vorhanden, um Millionen Menschen in Deutschland Arbeit und Brot zu geben. Aber es wird sich kein Arbeiter und kein Beschäftigter in der Million weigern, daß die Erfüllung dieser Aufgabe kampflös erreicht werden könnte. Kampflösung aller Stempelfabriken, Massenstreik aller Betriebe! Stabilität und Organisation der Massen in roter Einheitsfront für die Kampfkraft zur Durchsetzung unserer Kampfprogramme.

## Generalappell aller erwerbslosen Parteimitglieder Dresdens!

Dienstag, den 24. Mai, 14 Uhr, im Koglerheim, kleiner Saal. Jeder Genosse ist verpflichtet teilzunehmen!